



JAHRESBERICHT

der Deutschen Exekutivdirektorin
bei der Weltbankgruppe

Geschäftsjahr 2016

www.worldbank.org/eds05

Abbildung 1 Auf einen Blick: Deutschland in der Weltbankgruppe
(Geschäftsjahr 2016 – FJ16)

	IBRD	IDA	IFC	MIGA
Gründungsjahr	1944	1960	1956	1988
Personalunion				
Deutscher Gouverneur	BM Dr. Gerd Müller (BMZ)			
Stellvertretender Gouverneur	StS Dr. Thomas Steffen (BMF)			
Präsident	Dr. Jim Yong Kim (USA)			
Anzahl der Exekutivdirektoren	25			
Deutsche Exekutivdirektorin Stellvertreter	Ursula Müller Dr. Claus Happe			
Personal der WBG				
Festangestellt (ohne Lokalkräfte)	5.908 (Frauenanteil 40,9 %)			
Davon Deutsche	224 (3,8 %)			
Lokalkräfte (weltweit)	ca. 9.500			
Insgesamt WBG	ca. 15.400 (zzgl. ca. 5.700 Consultants auf Vollzeitbasis)			
Kapitalausstattung (FJ 16)				
	IBRD	IDA	IFC	MIGA
	in Mrd. US\$	in Mrd. US\$ (akkumuliert seit 1960)	in Mrd. US\$	in Mrd. US\$
Bilanzsumme	371,3	180,4	90,4	2,3
Gezeichnetes Kapital	263,3	245,4	2,5	1,91
Deutscher Anteil (Juni 2016)				
Mrd. US\$ / in % *	11,65 / 4,4	25,6 / 13,3	0,129 / 5,02	0,97 / 5,04
Stimmrechte in %	4,19	5,45	4,77	4,20
Stellenrang	4	4	3	3
Zusätzlich zahlte Deutschland insgesamt 809,77 Mio US\$ in verschiedene von der WBG verwaltete Treuhandfonds ein (FJ16). Die größten Anteile gingen an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, den Grünen Klimafonds und die Globale Umweltfazilität.				
*Davon IBRD eingezahlt 718 Mio. US\$. Haftungskapital 10,9 Mrd. US\$				

Abbildung 1 Auf einen Blick: Deutschland in der Weltbankgruppe
(Geschäftsjahr 2016 – FJ16) (Fortsetzung)

Mitgliedsländer	IBRD	IDA	IFC	MIGA
Insgesamt	189	173	184	181
Davon Industrie-/ Entwicklungsländer	32 / 157	31 / 142	32 / 152	25 / 156
Geberländer (nur IDA)		51		
Geschäftstätigkeit (FJ16)	Mrd. US\$	Mrd. US\$	Mrd. US\$	Mrd. US\$
Neuzusagen	29,7	16,2	11,1*	4,3
Auszahlungen	22,5	13,2	9,9	entfällt
Höchste Länderzusagen	2,8 (Peru)	1,8 (Äthiopien)	entfällt	entfällt
WBG Treuhandsfonds	2,9 Mrd. US\$			
*Langfristige Investitionszusagen; nicht eingerechnet sind 7,7 Mrd. US\$ aus Kernaquisemitteln				
Anzahl der neuen Projekte / Darlehen / Zuschüsse	118	177	344	17

Inhaltsverzeichnis

1.	Das Geschäftsjahr 2016	5
	Überblick der Deutschen Exekutivdirektorin Ursula Müller	
2.	Schwerpunkte aus der Arbeit des Büros der Deutschen Exekutivdirektorin	9
2.1	Jahrestagung 2015	9
2.2	Frühjahrstagung 2016	10
3.	Die inhaltlichen Schwerpunkte des Geschäftsjahrs im Einzelnen	13
3.1	Humanitäre Krisen, Flucht und Migration	13
3.2	Klimawandel	16
3.3	Umwelt- und Sozialstandards (Schutzklauseln)	18
3.4	Pandemiebekämpfung	19
3.5	18. Wiederauffüllungsverhandlungen der Internationalen Entwicklungsorganisation (<i>International Development Association / IDA18</i>)	20
3.6	Zusammenarbeit der Weltbank mit anderen multilateralen (Entwicklungs-) banken	21
3.7	Personal: Deutsches Personal in der Weltbankgruppe	22
3.8	Das Geschäftsjahr in Zahlen	25
3.9	Die Internationale Finanz-Corporation (<i>International Finance Corporation / IFC</i>)	31
3.10	Die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (<i>Multilateral Investment Guarantee Agency / MIGA</i>)	33
	Sitzordnung und Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums	36
	Mitarbeiter/-innen des Büros der Deutschen Exekutivdirektorin	38

1. Das Geschäftsjahr 2016



Wie in den vergangenen Jahren möchte ich Ihnen als Deutsche Exekutivdirektorin bei der Weltbankgruppe (WBG) über das abgelaufene Geschäftsjahr 2016 (Juli 2015 – Juni 2016) sowie über die Arbeit des Exekutivdirektoriums und meines Büros berichten. Wir haben uns in diesem Jahr für ein neues Format entschieden. Wir hoffen, dadurch die Leserfreundlichkeit zu erhöhen. Weiterführende Informationen werden auf unserer Website (**EDS05**) bereitgestellt. Da die WBG sich zu umfassender Transparenz verpflichtet hat, sind alle wesentlichen Informationen zu Zielen, Konzepten und konkreten Vorhaben für die **Öffentlichkeit** im Internet zugänglich.

Transnationale Problemlagen und eine globale Entwicklungsagenda benötigen mehr denn je effektive multilaterale Institutionen, die Konzepte nicht nur entwickeln, sondern auch implementieren können. Die WBG ist die einzige Entwicklungsbank mit globalem Auftrag und globaler Erfahrung. Konkret erkennen wir die Notwendigkeit eines globalen Leistungskatalogs in der WBG daran, dass ihre Mitglieder auch in den Jahren 2015 und 2016 wieder deutlich mehr Finanzierung und Know-how nachgefragt haben als in den Jahren zuvor. Wir rechnen damit, dass sich dieser Trend fortsetzt. Die Anzahl, Dringlichkeit und Komplexität der Herausforderungen der globalen Entwicklung nehmen zu, und die WBG richtet ihr Leistungsangebot darauf aus.

Im Einzelnen möchte ich hervorheben:

1. Mit der sich wandelnden Entwicklungsagenda entwickelt sich auch die WBG weiter, um dem neuen Kontext und den neuen Aufgaben gerecht zu werden. Seit der Jahrestagung im Oktober 2015 beraten Management und Exekutivdirektoren/-innen über Maßnahmen, um die Bank „fit“ bzw. „fitter“ für die Herausforderungen bis 2030 zu machen. Dazu dient der Prozess des sogenannten **Forward Look**, in dem über die mittel- und langfristige Weiterentwicklung der WBG gesprochen wird. Im Kern geht es um die Frage, wie und mit welchen finanziellen Kapazitäten die Bank ihren Aufgaben auch in Zukunft und in womöglich schwierigen Zeiten weiter optimal entsprechen kann. Die Arbeit am **Forward Look** soll zur Jahrestagung 2016 abgeschlossen sein.
2. Am 25. September 2015 beschlossen 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (VN) die neue **Agenda für Nachhaltige Entwicklung mit 17 Schlüsselzielen** für alle Länder. Diese 17

Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals / SDGs*) sollen bis zum Jahr 2030 erreicht werden (**Agenda 2030**); sie verknüpfen erstmals das Prinzip der (insbesondere ökologischen) Nachhaltigkeit mit den Fragen und Herausforderungen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die **Agenda 2030** definiert nachhaltige Entwicklung als Aufgabe **aller** Länder: Entwicklung ist eine globale Herausforderung und nicht (allein oder vor allem) ein Problem der Entwicklungsländer.



©BMZ - Bundesminister Dr. Gerd Müller, deutscher Weltbank-Gouverneur, und die Deutsche Exekutivdirektorin am Rande des Humanitären Weltgipfels

Wie relevant das auch für uns ist, erleben wir in Europa derzeit konkret an der **Flüchtlingskrise**. Sie verkörpert beispielhaft das Dilemma transnationaler Problemstellungen. Weltweit sind über 65 Millionen Menschen auf der Flucht, davon der Großteil innerhalb ihrer Herkunftsländer und rund 21 Millionen Menschen außerhalb ihrer Herkunftsländer. Die große Mehrzahl davon, rund 70 Prozent, wird in armen Ländern aufgenommen.

Die WBG stellt sich dieser Herausforderung: Auf der Frühjahrstagung 2016 haben die Mitgliedstaaten die Weltbank beauftragt, aktiv zur Problemlösung von Flüchtlingskrisen (*Forced Displacement*) beizutragen. Ergänzend zur humanitären Hilfe trägt die WBG vor allem durch ihren langfristig und ökonomisch orientierten Ansatz zur Entschärfung von Flüchtlingskrisen bei. Flüchtlinge sind nicht nur schutzbedürftig, sondern es mangelt ihnen häufig auch an Möglichkeiten, Fähigkeiten und Rechten, sich wirtschaftlich zu betätigen und damit für sich und ihre Familien Perspektiven für eine sinnhafte und selbstbestimmte Zukunft zu schaffen. Aus Sicht der WBG stellt sich somit vor allem die Frage, wie Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinschaften ökonomisch gestärkt werden können. Die sozio-ökonomische Perspektive ist zusammen mit ihrer evidenz-basierten empirischen Herangehensweise eine besondere Stärke und ein komparativer Vorteil der Weltbank.

Ein Beispiel: Anfang 2016 hat die Weltbank zusammen mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (*United Nations High Commissioner for Refugees / UNHCR*) die erste fundierte empirische Studie zur sozio-ökonomischen Situation syrischer Flüchtlinge im Libanon und in Jordanien veröffentlicht (*The Welfare of Syrian Refugees: Evidence from Jordan and Lebanon*).

Mit der **Middle East and North Africa (MENA) Financing Initiative**, zu der auch die Bundesregierung beiträgt, mobilisiert die WBG zusätzliche Ressourcen für die Aufnahme von Flüchtlingen in der Region. Mit Zuschüssen von Gebern werden hoch konzessionäre Darlehen multilateraler Entwicklungsbanken gehebelt.

3. Der **Klimaschutz** ist zweifellos das globale öffentliche Gut schlechthin, denn niemand kann sich dem Klimawandel und seinen Auswirkungen entziehen. Nach der erfolgreichen Vereinbarung des **Pariser Klimaabkommens (COP21)** im Dezember 2015 hat die WBG Anfang 2016 — insbesondere auch auf deutschen Wunsch hin — einen ambitionierten **Klimaaktionsplan** erarbeitet, dessen Umsetzung wir unterstützen. Die WBG hat sich darin zum Ziel gesetzt, den Anteil klimarelevanter Finanzierungen bis zum Jahr 2020 von 21 Prozent auf 28 Prozent ihrer Gesamtzusagen zu erhöhen. Schon früh hat WBG-Präsident Dr. Jim Yong Kim auf den Zusammenhang zwischen Armut und Klimawandel hingewiesen („*We will never end poverty, if we don't tackle climate change*“). In ihrer **Shockwaves**-Studie (*Shock Waves: Managing the Impacts of Climate Change on Poverty*) Ende 2015 hat die Weltbank berechnet, dass ohne einschneidende Maßnahmen zur Minderung des Klimawandels und zur Anpassung an seine Auswirkungen kurzfristig die weltweite Armut um 100 Millionen Menschen zunehmen könnte. Diese Analyse bekräftigt, dass Anstrengungen für den Klimaschutz keine „Luxus-Investitionen“ der OECD-Welt sind. Gute Klimapolitik ist gute Entwicklungspolitik.
4. Vom 23. bis 24. Mai 2016 fand in Istanbul der erste Humanitäre Weltgipfel (*World Humanitarian Summit*) statt. 9.000 Teilnehmer/-innen, darunter neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel rund 60 weitere Staats- und Regierungschefs, diskutierten Lösungsansätze, die den zunehmenden humanitären Krisen entgegenwirken sollen. Durch die Verabschiedung von fünf Kernverantwortungen wird die internationale Gemeinschaft zur besseren Prävention und Reaktion, zur Optimierung der Finanzierungsmodalitäten sowie zur Stärkung der Resilienz und der strukturellen Bearbeitung von Krisen, Katastrophen und Konflikten aufgerufen: Staaten und Zivilgesellschaft verpflichteten sich, die Komplementarität von humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zu erneuern. Eine bessere Verzahnung und ein gemeinsames Zielverständnis sollen das entwicklungspolitische und humanitäre Instrumentarium in fragilen Kontexten wirkungsvoller, schneller und effizienter

machen. Der WBG kommt in diesem Zusammenhang unter anderem die wichtige Rolle zu, mit finanziellen Innovationen zu längerfristigen Lösungsansätzen beizutragen, um den stetig wachsenden humanitären Bedarf und die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu reduzieren.

5. Am Rande sei bemerkt: Im April 2016 hat die Weltbank mit der *Pazifik-Insel Nauru* ihr 189. Mitglied aufgenommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Ursula Müller



Weltbankgouverneure/-innen, VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und Weltbankpräsident Dr. Jim Yong Kim während der Frühjahrstagung 2016 in Washington, D.C.

2.

Schwerpunkte aus der Arbeit des Büros der Deutschen Exekutivdirektorin

2.1 Jahrestagung 2015

Zur Jahrestagung im Oktober 2015 trafen sich die Weltbank-Gouverneure/-innen in Lima, Peru. Traditionell findet jede dritte Jahrestagung außerhalb von Washington, D.C. statt. Es handelte sich allerdings um die erste Jahrestagung in Lateinamerika seit fast fünfzig Jahren. **Thomas Silberhorn, Parlamentarischer Staatssekretär (PStS) beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**, leitete die deutsche Delegation.



Sitzung des *Development Committee* während der Jahrestagung 2015 in Lima

Bestimmende Themen der Jahrestagung waren neben der Rolle der WBG beim Klimaschutz und dessen Finanzierung die Beiträge der Gruppe zur Umsetzung der kurz zuvor verabschiedeten **Agenda 2030 / Ziele für nachhaltige Entwicklung** (*Sustainable Development Goals / SDGs*). Die entsprechende Aussprache der Gouverneure/-innen im *Development Committee*, dem gemeinsamen Entwicklungsausschuss von Weltbank und IWF, machte deutlich, dass die WBG von vielen Akteuren als Leitinstitution bei der Umsetzung der Agenda 2030 betrachtet wird. Darüber hinaus nahmen die Gouverneure/-

innen den Zeitplan zur Anpassung der Kapitalausstattung und Stimmgewichtung der Weltbank (hier: *International Bank for Reconstruction and Development / IBRD*) billigend zur Kenntnis. Dabei soll unter anderem der Stimmrechtsanteil von Entwicklungs- und Transformationsländern mit dem Ziel einer zeitgemäßen Verteilung (*More Equitable Voting Power*) gestärkt werden. Im Rahmen einer hochrangigen Veranstaltung zum Nahen Osten und Nordafrika wurde der Umgang mit der **Flüchtlingskrise** in der Region thematisiert und eine entsprechende **Finanzierungsinitiative von WBG, VN und Islamischer Entwicklungsbank** — die *Middle East and North Africa (MENA) Financing Initiative* — initiiert.

Aus deutscher Perspektive zu begrüßen war insbesondere, dass **das Ziel von 100 Milliarden US\$ internationaler Klimafinanzierung p. a. ab 2020** mit den Zusagen der WBG und zahlreicher weiterer multilateraler Entwicklungsbanken auf der Jahrestagung **in erreichbare Nähe rückte**. Dies trug auch zum erfolgreichen Abschluss der internationalen Klimarahmenkonvention COP21 im Dezember 2015 in Paris bei.

2.2 Frühjahrstagung 2016

Die Frühjahrstagung 2016 der WBG fand turnusgemäß im April in Washington, D.C. statt. PStS **Thomas Silberhorn** leitete erneut die deutsche Delegation. Im Zentrum der Diskussionen standen der Umgang mit Flüchtlingskrisen sowie die mittelfristige Weiterentwicklung der WBG als der einzigen global agierenden Entwicklungsbank, die im Exekutivdirektorium unter dem Stichwort *Forward Look* diskutiert wird.



PStS Thomas Silberhorn und Weltbankpräsident Dr. Jim Yong Kim am Rande der Frühjahrstagung 2016

Kasten 1 Die Weltbank „blickt nach vorne“

Die Leitfrage des **Forward Look** von Exekutivdirektorium und Management lautet: Was ist zu tun, um die Weltbank für die entwicklungspolitische Agenda und Perspektiven bis zum Jahr 2030 „fit“ zu machen? Ausgehend von den zwei übergeordneten Zielen der Institution (*Corporate Goals*) — Beendigung extremer Armut und Reduzierung von Ungleichheit (*Shared Prosperity*) — soll bis zur Jahrestagung im Herbst 2016 ein Diskussionsprozess über die zukünftige Orientierung und mögliche Handlungsbedarfe für eine bessere und größere („*Better & Bigger*“) Bank abgeschlossen werden. Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass die Globalisierung von Problemlagen (Klima, Flüchtlinge, Pandemien etc.) auch die Weiterentwicklung der multilateralen Institutionen — mit der WBG als zentraler Entwicklungsinstitution — erfordert. Der **Forward Look** wird damit in die Diskussion über die ggf. anzupassende Kapitalausstattung der Bank einfließen. Den Gouverneuren/-innen sollen zur Jahrestagung 2016 konkrete Empfehlungen vorgelegt werden.

In einem ersten Zwischenbericht für die Gouverneure/-innen zur Frühjahrstagung 2016 zeichneten sich bereits die Konturen der wesentlichen Empfehlungen ab:

- eine stärkere Rolle für die WBG bei der Lösung regionaler und globaler Probleme wie Klimawandel, Katastrophen, Flüchtlingskrisen oder Pandemien;
- eine Bank, die allen Kundengruppen, arm wie reich, Unterstützung anbieten kann; dabei soll die Bank kundenorientiert und schnell(er) agieren;
- stärkerer Fokus auf die Mobilisierung privaten Kapitals für Entwicklungszwecke.

Die Frühjahrstagung bestätigte, dass die Anteilseigner die WBG zunehmend als Institution betrachten, die nicht nur nationale Entwicklungsbemühungen unterstützt, sondern von der auch wachsende Beiträge zur Lösung transnationaler und globaler Problemlagen erwartet werden. In Bezug auf Flüchtlingskrisen, aber auch auf den Klimawandel und Pandemien zeigte die WBG im Rahmen der Frühjahrstagung erneut ihr entsprechendes Potenzial.

Die Gouverneure/-innen begrüßten im *Development Committee* eine stärkere Rolle der WBG beim Umgang mit Flüchtlingskrisen. Der **Forward Look** war Thema einer informellen Aussprache der Gouverneure/-innen, welche die Grundlage für den weiteren Diskussionsprozess im Exekutivdirektorium mit Blick auf dessen Abschluss bis zur Jahrestagung 2016 schuf.

Im Rahmen einer Veranstaltung zur *MENA Financing Initiative* unter Vorsitz von VN-Generalsekretär **Ban Ki-Moon** und WBG-Präsident



Präsident Dr. Jim Yong Kim stellt seine Pläne für die Weiterentwicklung der WBG im Frühjahr in Berlin vor.

Dr. Jim Yong Kim sagte PStS Silberhorn 20 Millionen Euro als deutschen Beitrag zu und appellierte an alle Teilnehmer/-innen, die für die syrischen Flüchtlinge gemachten Zusagen auch zügig umzusetzen.

Die unbefriedigende Weltwirtschaftslage und deren Implikationen für die nationale und internationale Politik prägten ferner viele der Diskussionen. Angesichts der lahmen Weltkonjunktur verzeichnet die Weltbank einen deutlichen Anstieg der Darlehensnachfrage, insbesondere nach reformbasierten Darlehen. In diesem Umfeld wird die Frage der IBRD-Kapitalausstattung mit besonderer Dringlichkeit diskutiert werden müssen. Angesichts der Diskussion um die *Panama Papers* wurden die entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen im IFC-Engagement sowie Maßnahmen der WBG gegen Steuerhinterziehung, unzulässige Finanzströme (*Illicit Financial Flows*) und Geldwäsche thematisiert.



©BMF - Die Unterstützung der deutschen G20-Präsidentschaft durch die WBG war unter anderem Gegenstand eines Gesprächs mit Bundesminister Dr. Schäuble in Berlin.

3.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Geschäftsjahrs im Einzelnen

3.1 Humanitäre Krisen, Flucht und Migration

Krisen und Fluchtbewegungen in anderen Teilen der Welt wie zum Beispiel in Mali, der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, dem Irak, dem Jemen oder der Ukraine und insbesondere die durch den Syrien-Konflikt ausgelöste Flüchtlingskrise mit mehr als 10 Millionen Flüchtlingen und Binnenvertriebenen im Berichtszeitraum prägten im Geschäftsjahr 2016 die Arbeit der WBG.

Flucht stellt die betroffenen Länder und die internationale Gemeinschaft nicht nur vor humanitäre Herausforderungen. Wie auch die Migration aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen hat die Flucht vor politischer Verfolgung und Gewaltkonflikten eine soziale, wirtschaftliche und fiskalische Dimension für die Herkunfts- und Aufnahmeländer. Damit sind Flucht und Migration wichtige Themen auch für die Entwicklungszusammenarbeit. Die WBG leistet sowohl durch Forschung und Politikberatung als auch durch Projektfinanzierungen und die Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft Beiträge zur Lösung von Flüchtlingskrisen und zum Umgang mit Migrationsbewegungen.

Zum Thema Flucht verfügt die Weltbank beispielsweise über das Kooperationsprogramm *Global Program on Forced Displacement (GPFD)*, mit dem auch die Bundesregierung zusammenarbeitet. Das GPFD berät die projektführenden Abteilungen, andere Entwicklungsinstitutionen wie die VN und Nichtregierungsorganisationen (NRO) und vor allem betroffene Regierungen dabei, Auswirkungen von Fluchtbewegungen in Entwicklungsstrategien und -vorhaben einzubeziehen. Das GPFD erstellt Analysen beispielsweise für die Region der Großen Seen und das Horn von Afrika, untersucht, welche Auswirkungen Flucht auf den Landbesitz, das soziale Gefüge, öffentliche Dienstleistungen, die Wirtschaft und die Regierungsführung hat, und entwickelt auf dieser Grundlage Politikempfehlungen.

Zum Thema Migration allgemein hat die Weltbank eine internationale Wissenskooperation, die *Knowledge Partnership on Migration and*

Development (KNOMAD), geschaffen, in der leitende Experten/-innen die praxisbezogene Forschung zur Migration vorantreiben und Deutschland ebenfalls ein wichtiger Partner ist. Themen sind unter anderem die fiskalischen Auswirkungen von Fluchtbewegungen, Erfahrungen mit der Integration von Migranten/-innen und Flüchtlingen, Arbeitmarkteffekte und die Nutzung der Diaspora für die Entwicklung in den Herkunftsländern.



Die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags unter der Leitung von MdB Dr. Gesine Lötzsch informierten sich im Gespräch mit Weltbank-Vizepräsidenten über die aktuellen Herausforderungen der Weltwirtschaft.

Die WBG leistet ferner signifikante finanzielle Beiträge, um Herkunftsländer von Flüchtlingen zu stabilisieren und (Erst-)Aufnahmeländer bei der Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen zu unterstützen. Dazu zählen unter anderem krisenbedingte Regionalinitiativen in Subsahara-Afrika, welche die WBG gemeinsam mit den VN (Horn von Afrika, Große Seen, Sahel) aufgelegt hat. Eine besondere Herausforderung besteht darin, den Aufnahmeländern angemessene — das heißt hoch konzessionäre — Finanzierungskonditionen zur Verfügung zu stellen, auch wenn sich diese Länder vom Pro-Kopf-Einkommen der einheimischen Bevölkerung her nicht mehr für hoch konzessionäre Darlehen qualifizieren (wie beispielsweise der Libanon oder Jordanien). Um diesem Problem zu begegnen, haben WBG, VN und Islamische Entwicklungsbank gemeinsam die *Middle East and North Africa (MENA) Financing Initiative (MENA Financing Initiative-Overview)* aufgelegt, die zum einen über die Verbilligung von Darlehen multilateraler Entwicklungsbanken Länder bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen und zum anderen über Garantieinstrumente

Beiträge zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau der Region leisten soll. Im Rahmen der Zinsverbilligung sollen über fünf Jahre mit Zuschüssen bilateraler Geber in Höhe von angestrebten 1 Milliarde US\$ hoch konzessionäre Darlehen multilateraler Entwicklungsbanken in Höhe von 3 bis 4 Milliarden US\$ mobilisiert werden. Aus IDA-Mitteln (IDA: *International Development Association*) stellt die Weltbank ferner hoch konzessionäre Darlehen in Höhe von 200 Millionen US\$ bereit. Die *MENA Financing Initiative* war erstmals am Rande der WBG-Jahrestagung 2015 in Lima vorgestellt worden. Am Rande der WBG-Frühjahrstagung 2016 in Washington, D.C. erfolgten die ersten Zusagen von Geberseite. Deutschland sagte dort 20 Millionen Euro zu. Das Steuerungsgremium der *MENA Financing Initiative* kam Ende Juli 2016 in Beirut zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und nahm erste Mittelallokationen für zwei Projekte in Jordanien in Höhe von insgesamt 340 Millionen US\$ vor: ein Weltbank-Vorhaben zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für syrische Flüchtlinge sowie ein Vorhaben der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (*European Bank for Reconstruction and Development / EBRD*) zum Ausbau städtischer Infrastruktur.

Als globale „**Entwicklungskooperative**“ spielt die WBG eine besondere Rolle bei der Mobilisierung der Staatengemeinschaft und bei der Konsensbildung zu entwicklungsrelevanten Themen, beispielsweise mit oben genannten Regionalinitiativen, oder auch bei der besseren Verknüpfung der kurzfristigen humanitären Hilfe mit längerfristigen Entwicklungsbemühungen. Zusammen mit den VN und anderen multilateralen Entwicklungsbanken arbeitet die WBG außerdem an der Reform des internationalen Instrumentariums zum Umgang mit humanitären Krisen, unter anderem bei der Vorbereitung des *World Humanitarian Summit* in Istanbul im Mai 2016 und des *Summit on Addressing Large Movements of Refugees and Migrants* in New York im September 2016. Die Weltbank leistet einen Beitrag zur Reduzierung des humanitären Bedarfs durch innovative Finanzierungslösungen sowie durch die Mobilisierung privater Mittel zur Stärkung der Katastrophenvorsorge, zum Ausbau von Versicherungsmodellen/Krisenreaktionsinstrumenten und zur Bereitstellung konzessionärer Finanzierung. Sie hilft mit derartigen längerfristigen Lösungsansätzen, die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe zu reduzieren. Im Geschäftsjahr 2016 hat die WBG deshalb eine enge Zusammenarbeit mit dem UNHCR in New York vereinbart.

Die WBG engagiert sich auch jenseits von Krisen und resultierenden Fluchtbewegungen zusehends beim Thema „Migration“ generell. So kann die WBG bei der Erreichung der migrationsbezogenen SDGs — beispielsweise bei der weiteren Senkung der Rücküberweisungskosten und der Entwicklung von Migrationspolitiken — Unterstützung bieten. Da die internationale Migration im Rahmen der fortschreitenden Globalisierung tendenziell weiter zunehmen wird und darüber hinaus erhebliches Entwicklungspotenzial bietet, ist die WBG gefordert,

ihre Anteilseigner beim Umgang mit Migrationsbewegungen zu unterstützen, um den sogenannten „Triple Win“ für Migrantinnen und Migranten, Herkunfts- und Aufnahmeländer zu realisieren.



Staatssekretär Matthias Machnig, Bundeswirtschaftsministerium, (hier mit Exekutivdirektorin Ursula Müller), führte in der Weltbank Gespräche unter anderem mit dem Chefökonom Kaushik Basu.

3.2 Klimawandel

Deutschland setzt sich mit großem Nachdruck für ein stärkeres WBG-Engagement bei klimarelevanten Projekten und der Förderung erneuerbarer Energien ein.

Zur Unterstützung der Ziele des *Klimaabkommens von Paris* — COP21 (Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau) hat die WBG im April 2016 erstmals einen umfassenden **Klimaaktionsplan** vorgelegt (*WBG-Climate-Change-Action-Plan*). Der Aktionsplan erläutert das Spektrum der Klimaaktivitäten der WBG und legt dar, wie die WBG ihr auf der Jahrestagung 2015 gesetztes Ziel erreichen will, die WBG-Klimafinanzierung bis zum Jahr 2020 von 21 Prozent auf 28 Prozent zu erhöhen. Mit der Vorlage des Klimaaktionsplans ist das WBG-Management einer zentralen Forderung des Exekutivdirektoriums nachgekommen. Der Klimaaktionsplan wird den Politikdialog, die Finanzierungsentscheidungen sowie die Daten- und Wissensproduktion der WBG sukzessive im Interesse von arbeitsrelevanten Klimapolitiken neu ausrichten.

Strategischer Ausgangspunkt des Aktionsplans ist — in Übereinstimmung mit den WBG-Zielen (*Corporate Goals*) — der unmittelbare Zusammenhang von Klima und Entwicklung. Dem liegt die Beobachtung zugrunde, dass klimainduzierte Prozesse und

Veränderungen insbesondere die Armen treffen. Entwicklungsfortschritte müssen häufig revidiert werden, und länder- und regionenspezifische Entwicklungschancen verändern sich oft negativ. Besonderes Gewicht legt der Plan darauf, die Mitgliedsländer bei der Erreichung ihrer selbst gesetzten Klimaziele, der *Nationally Determined Contributions* (NDCs), zu unterstützen. Das Klimaengagement der WBG soll in **sechs prioritären Handlungsfeldern** verstärkt und private und konzessionäre Ressourcen sollen gezielter genutzt werden, um die gesetzten Klimaziele zu erreichen.

Als weitere Schwerpunkte identifiziert der Aktionsplan die Förderung **klimafreundlicher Politiken** in den Mitgliedsländern, die strategische Nutzung **internationaler Partnerschaften** für einen verbesserten Wissensaustausch sowie mehr Innovationen im Klimabereich. Er sieht eine stärkere Ausrichtung des Engagements der Weltbank auf die Anpassung an den Klimawandel und die deutliche Reduktion von Treibhausgasen vor.

Zentraler Bestandteil des Klimaaktionsplans ist ein entsprechender Umsetzungsplan der Internationalen Finanz-Corporation (*International Finance Corporation / IFC*). Er ist insbesondere deshalb von großer Bedeutung, weil bei der Erreichung der internationalen Klimaziele besonderes Augenmerk auf die Mobilisierung privaten Kapitals gerichtet werden muss. Allein mit öffentlichen Mitteln kann das 2,0°C-Ziel nicht erreicht werden. Ein weiterer Bestandteil des Klimaaktionsplans ist der separat veröffentlichte Waldaktionsplan. Auch er zeigt Handlungsoptionen auf, wie über den Schutz von Wäldern nachhaltige soziale, ökonomische und ökologische Renditen erzielt werden können.

Im Rahmen der laufenden Wiederauffüllungsverhandlungen der IDA (IDA18) setzt sich Deutschland dafür ein, dass Klimafinanzierung ein Schwerpunktthema der IDA bleibt und ihre Klimaziele im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und Armutsbekämpfung ambitioniert ausfallen.

WBG Klimaaktionsplan — sechs prioritäre Handlungsfelder

- 1) Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- 2) Nachhaltige Mobilität
- 3) Nachhaltige und anpassungsfähige Städte
- 4) Klimaintelligente Landnutzung, Wasser und Ernährungssicherung
- 5) Ökologische Wettbewerbsfähigkeit
- 6) Fokus auf Arme und durch den Klimawandel besonders gefährdete Gruppen („*Leaving no one behind*“)

3.3 Umwelt- und Sozialstandards (Schutzklauseln)

Im August 2016 konnte der seit 2012 laufende Prozess der Überarbeitung der ökologischen und sozialen Schutzklauseln (**Safeguards**) der Weltbank erfolgreich abgeschlossen werden. Die Schutzklauseln sind Verwaltungsvorschriften für Investitionskredite der Weltbank, die der Vermeidung negativer Umwelt- und Sozialwirkungen dienen. Sie regeln unter anderem, wann und wie Umweltverträglichkeitsprüfungen durchzuführen sind oder Konsultationen mit betroffenen Bevölkerungsgruppen geführt werden.

Die Einigung auf die Schutzklauseln im Exekutivdirektorium im August 2016 zeigt den Vorteil eines am Sitz der Bank residierenden *Board* auf, denn aufgrund von zum Teil weit auseinanderliegenden Positionen konnte die Einigung nur durch eine Vielzahl von Konsultationen unter den einzelnen Exekutivdirektoren/-innen und ihrer Stäbe erreicht werden. Die neuen Umwelt- und Sozialstandards erweitern die Schutzpflichten der Bank insbesondere im Bereich der Arbeits- und Sozialrechte, der öffentlichen Gesundheit und der Nicht-Diskriminierung. Erstmals findet sich eine Bezugnahme auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Auch Klimaschutzaspekte wurden gestärkt und die Transparenz- und Rechenschaftspflichten für Weltbankprojekte erweitert. Durch die Stärkung und Nutzung ländereigener Systeme wird der Partnerschaftsansatz mit dem Ziel ausgebaut, nachhaltig erfolgreiche Ergebnisse zu erzielen.

Klare, verbindliche und in der Folge umsichtig implementierte und laufend überprüfte Umwelt- und Sozialstandards für WBG-finanzierte Projekte sind ein **zentrales deutsches Anliegen**. In drei weltweiten Konsultationsrunden — den umfangreichsten in der Geschichte der Weltbank — wurden nahezu 8.000 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, Regierungen, Interessenvereinigungen wie zum Beispiel von indigenen Völkern sowie Entwicklungsexperten in 63 Ländern befragt.

Mit der Verabschiedung der neuen Umwelt- und Sozialstandards festigt die Weltbank ihre Vorbild- und Referenzfunktion für andere multilaterale (Entwicklungs-) banken und bilaterale Geber im Bereich der Schutzrechte.

3.4 Pandemiebekämpfung

Pandemie-Notfall-Finanzierungsfazität, PEF

Anfang Mai 2016 beschloss das Exekutivdirektorium die **Schaffung einer Pandemie-Notfall-Finanzierungsfazität** (*Pandemic Emergency Financing Facility* / PEF). Damit bevollmächtigten die Anteilseigner die Weltbank zum Abschluss von Versicherungen und zur Ausgabe von Anleihen zur Finanzierung dieses innovativen Finanzinstruments für die Pandemiebekämpfung. Die Schaffung der PEF war eine zentrale Forderung des G7-Gipfels in Elmau 2015 gewesen. Zuvor hatten das von Deutschland mitinitiierte *UN High-Level Panel on Global Response to Health Crises* und die Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organisation* / WHO) angesichts der Erfahrungen mit der Ebola-Krise neben dem Aufbau lokaler Gesundheitsinfrastruktur eine schnellere, verlässlichere Krisenreaktion empfohlen. In die neue Landschaft an Krisenreaktionsinstrumenten, die auch einen *Contingency Fund* der WHO beinhaltet, reiht sich die PEF aufgrund **unterschiedlicher Eingriffsschwellen und Auslösemechanismen komplementär** ein. Deutschland plant, die PEF mit einer Zahlung von 75 Millionen Euro zu unterstützen, welche die Bundeskanzlerin auf dem G7-Gipfel in Japan im Mai 2016 zusagte.

Die PEF wird von einem Auslösemechanismus aktiviert, der virenstammspezifisch auf die Ausbreitungsschwere und -geschwindigkeit reagiert und automatisch Finanzmittel zur Bekämpfung eines Seuchenausbruchs bereitstellt. Damit wird die Abhängigkeit von häufig zu spät erfolgenden Ad-hoc-Entscheidungen auf Geberseite reduziert. Gleichzeitig wird erstmalig eine versicherungswirtschaftliche Einschätzung des Pandemierisikos vorgenommen, mit potenziell stabilisierenden Auswirkungen auch auf das Investitionsklima in besonders gefährdeten Ländern und Regionen.

Die PEF sichert alle IDA-Länder hinsichtlich aktuell bekannter Virenstämme ab. Mittelfristiges Ziel ist jedoch die Übernahme der Versicherungsprämien — nach anfänglicher Unterstützung durch die Gebergemeinschaft — durch die versicherten Staaten selbst. Hier baut die Weltbank auf die positiven Erfahrungen mit Naturkatastrophenversicherungen im karibischen und pazifischen Raum. Dem Versicherungsmechanismus ist ein Treuhandfonds vorgeschaltet, über den unbekannte und damit außerhalb des Versicherungsfalls liegende, vom Gefährdungspotenzial jedoch vergleichbare Pandemieausbrüche erfasst werden.

Um die eigenen Vorsorgeanstrengungen der versicherten Staaten zu fördern, kommen die Versicherungszahlungen in Abhängigkeit vom Stand der länderspezifischen Vorsorgemaßnahmen den betroffenen Ländern entweder unmittelbar oder durch Zahlungen an Hilfsorganisationen zugute. Gleichzeitig soll der Versicherungsmechanismus der PEF im kommenden IDA18-Zyklus durch den Auf- und Ausbau lokaler Gesundheitsinfrastruktur und multisektoraler Krisenplanung begleitet werden.

3.5 18. Wiederauffüllungsverhandlungen der Internationalen Entwicklungsorganisation (*International Development Association / IDA18*)

Im Geschäftsjahr 2016 begannen die Verhandlungen zur 18. Wiederauffüllung der Internationalen Entwicklungsorganisation (*International Development Association / IDA*) mit zwei Treffen in Paris und Nay Pyi Taw, Myanmar. Die Verhandlungen sollen im Dezember 2016 abgeschlossen werden.

Im Vordergrund der Wiederauffüllung steht eine historische Finanzreform, die der IDA in Zukunft eine Fremdkapitalaufnahme am Kapitalmarkt und damit eine größere Flexibilität ermöglichen könnte. Diese Hebelung des IDA-Eigenkapitals würde das Gesamtvolumen für Nehmerländer deutlich erhöhen.

Inhaltlich wird die IDA auch zukünftig prioritär die Themen Klimawandel, Gender und Konflikt, Fragilität und Vulnerabilität adressieren. Die drei Spezialthemen sollen um die beiden Bereiche Wirtschaftliche Transformation/Beschäftigung sowie Governance und Institutionenaufbau ergänzt werden. Die vorgesehene Einrichtung eines Fensters zur Förderung der Privatsektorentwicklung in Kooperation mit der IFC und der MIGA wurde als wertvolle Ergänzung des IDA-Instrumentariums begrüßt.

Angesichts der globalen Herausforderungen will die IDA ihre Krisenreaktionsfähigkeit ausbauen und ein dediziertes Finanzierungsinstrument zur Unterstützung von IDA-Ländern in Flüchtlingskrisen schaffen. Die IDA wird nach Abschluss der Verhandlungen auch weiterhin ein starkes Instrument zur Armutsreduzierung in den ärmsten Ländern der Welt bleiben.

3.6 Zusammenarbeit der Weltbank mit anderen multilateralen (Entwicklungs-) banken

Kooperation mit der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB)

Die WBG und die neu gegründete Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (*Asian Infrastructure Investment Bank / AIIB*) haben am 13. April 2016 eine Rahmenvereinbarung für Ko-Finanzierungen unterzeichnet. Im Rahmen dieser Vereinbarung wird die WBG die Projektvorbereitung und die Fortschrittskontrolle gemäß ihren Standards für das Beschaffungswesen sowie für Umweltbelange und soziale Verträglichkeit (*Safeguards*) durchführen.

Das erste von Weltbank und AIIB gemeinsam finanzierte Vorhaben betrifft ein Slum-Sanierungs-Projekt in Indonesien. Beide Banken sind daran mit jeweils 216 Millionen US\$ beteiligt, während Indonesien selbst 1,3 Milliarden US\$ zur Verfügung stellt. Das Vorhaben wurde am 12. Juli 2016 im Exekutivdirektorium der Weltbank genehmigt. Gemäß der Ko-Finanzierungsvereinbarung stellt die Weltbank die Kosten der mit der Projektvorbereitung und Umsetzung verbundenen Leistungen der AIIB in Rechnung. Hervorzuheben ist, dass auf das Vorhaben ausschließlich die Standards der WBG für Beschaffung und die Schutzklauseln (*Safeguards*) angewandt werden.

Derartige Ko-Finanzierungen mit der AIIB werden mittelfristig weiter an Bedeutung gewinnen. Beide Institutionen arbeiten derzeit an nahezu einem Dutzend gemeinsamer Projektvorhaben, speziell in den Bereichen Transport, Wasser und Energie in Süd- und Ostasien sowie in Zentralasien.

Austausch von Länderkreditrisiken zwischen Multilateralen Entwicklungsbanken (*Exposure Exchange Agreement*)

Nach umfangreichen Vorbereitungen billigte das Exekutivdirektorium im November 2015 eine Vereinbarung der Weltbank (hier: IBRD) mit regionalen Entwicklungsbanken zum „Austausch“ von Länderkreditrisiken (durch ein gegenseitiges Garantiesystem),

das sogenannte *Exposure Exchange Agreement*. Im Rahmen dieser Vereinbarung können nun jeweils bilateral zwischen zwei Entwicklungsbanken Kreditrisiken in einem begrenzten Umfang ausgetauscht werden. Technisch handelt es sich nicht um einen echten Tausch, vielmehr übernehmen die beteiligten Institutionen gegenseitige Garantien für ein klar beschriebenes Kreditportfolio. Das Ziel des *Exposure Exchange Arrangement* ist eine bessere Risikodiversifizierung des Kreditportfolios bei den einzelnen Entwicklungsbanken. Hierdurch ergibt sich ein höherer Ausleihspielraum für zusätzliche Kredite bei den jeweiligen Entwicklungsbanken. Eine erste Umsetzung erfolgte im Dezember 2015 und umfasste den Tausch von Kreditrisiken zwischen der IBRD und der Interamerikanischen Entwicklungsbank (*Inter-American Development Bank / IDB*) über 2,021 Milliarden US\$ sowie zwischen der IBRD und der Afrikanischen Entwicklungsbank (*African Development Bank / AfDB*) über 1,558 Milliarden US\$. Insgesamt generiert das *Exposure Exchange Arrangement* für die IBRD einen zusätzlichen Ausleihspielraum von 4 bis 5 Milliarden US\$.

3.7 Personal: Deutsches Personal in der Weltbankgruppe

Zum Ende des Geschäftsjahres, Ende Juni 2016, hatte die Weltbankgruppe (WBG) 5.908 „internationale“ Stabs-Mitarbeiter¹. Inklusive Ortskräften (rund 9.500) sowie *Consultants* (rund 5.700 Vollzeitäquivalente) verfügt die WBG über ca. 21.000 vollzeitäquivalente Beschäftigte. 55 Prozent des Stabes haben ihren Standort in den USA, die restlichen 45 Prozent verteilen sich auf 135 Außenbüros der WBG.

Deutschland bleibt in der WBG personell insgesamt leicht unterrepräsentiert. Der Anteil der deutschen Beschäftigten am internationalen Stab der WBG liegt bei 3,8 Prozent und ist damit seit Jahren in etwa stabil. Die Zahl der deutschen Beschäftigten lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 224. Unter Berücksichtigung der *Consultants* arbeiten derzeit knapp 500 Deutsche bei der WBG. Von den 224 Deutschen im internationalen Stab arbeiten 174 bei der IBRD/IDA (Personalanteil von 3,9 Prozent), 44 bei der IFC (Personalanteil von 3,4 Prozent), 4 bei der MIGA (Personalanteil von 5,1%) sowie 2 bei der GEF (Personalanteil von 3,2 Prozent).

¹ Sogenannte „*Internationally Recruited Staff, HQ Appointments*“. Diese Zahl umfasst reguläres Personal mit Washington-basierten, unbefristeten oder befristeten Arbeitsverträgen.

Im höheren Management ist Deutschland besser vertreten als im Stab insgesamt. Caroline Heider leitet für weitere zwei Jahre die unabhängige Evaluierungsabteilung (*Independent Evaluation Group / IEG*) auf einer Ebene äquivalent zu einer Managing Director. Dr. Hartwig Schäfer ist Vizepräsident der operationalen Grundsatzabteilung (*Operational Policy and Country Services / OPCS*). Dr. Jan Walliser leitet als Vizepräsident die projektführenden Abteilungen in den Bereichen Armutsbekämpfung, Wirtschaftsentwicklung, Makroökonomie und Regierungsführung. Dr. Joachim von Amsberg, bislang Vizepräsident der Grundsatzabteilung für Entwicklungsfinanzierung, hat die WBG hingegen im März 2016 verlassen und ist zur Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) gewechselt. Damit sind noch drei Deutsche im Spitzenmanagement der WBG vertreten.

Der Frauenanteil am deutschen Personal beträgt 37,5 Prozent, in der WBG insgesamt liegt der Frauenanteil beim internationalen Personal bei 40,9 Prozent. Damit sind Frauen im deutschen Personal derzeit leicht unterrepräsentiert.

Die Deutsche Exekutivdirektorin bei der WBG setzt sich über die Einflussnahme auf hochrangige Personalentscheidungen und die Mitgestaltung der Personalpolitik aktiv für die Steigerung des deutschen Personalanteils ein. Dafür nutzt sie beispielsweise ihre Rolle als Mitglied im Komitee des Exekutivdirektoriums für Personalangelegenheiten.

Interessent/-innen und Bewerber/-innen für Positionen in der WBG unterstützt das Büro der deutschen Exekutivdirektorin darüber hinaus durch Beratung und Kontaktvermittlung. Ferner fördert es institutionelle Kontakte zum Beispiel zwischen dem Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) und der Personalabteilung der WBG. Die Personalabteilung der WBG ihrerseits unternimmt *Outreach*-Maßnahmen in Deutschland.

Ferner fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) insbesondere über das *Junior Professional Officers (JPO)*-Programm die Rekrutierung deutscher Nachwuchskräfte durch die WBG. Junge Berufstätige sind für zwei bis drei Jahre auf einer BMZ-finanzierten Stelle in der WBG tätig und erhalten so eine sehr gute Startposition für einen Anschlussvertrag. Derzeit sind insgesamt 10 deutsche JPOs in der WBG im Einsatz, einer davon bei der IFC.

Abbildung 2 Internationales Personal in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten (G7-Staaten)

Nationalitäten		%
USA	1.284	18,6%
Frankreich	281	4,1%
Großbritannien	265	3,8%
Deutschland	224	3,3%
Italien	191	2,8%
Japan	173	2,5%
Kanada	164	2,4%
Andere Teil 1*	862	12,5%
Summe Teil 1	3.444	50,0%
Summe Teil 1* & 2**	6.888	100%

Quelle: WBG Personalabteilung

*Industrieländer, **Entwicklungs- und Transformationsländer

Abbildung 3 Internationales Personal nach Institutionen

	GEF	IBRD	IFC	MIGA	WBG
Deutsche	2	174	44	4	224
Gesamtpersonalbestand	62	4457	1310	79	5908
Anteil Deutscher	3,2%	3,9%	3,4%	5,1%	3,8%

Quelle: WBG Personalabteilung

3.8 Das Geschäftsjahr 2016 in Zahlen

Im Geschäftsjahr 2016 stellte die WBG für die Bekämpfung der extremen Armut und die Förderung geteilten Wohlstands insgesamt fast 64,2 Milliarden US\$ an Krediten, Zuschüssen, Beteiligungsinvestitionen und Garantien zur Verfügung.

In dem weiter durch niedrige Zinsen geprägten globalen wirtschaftlichen Umfeld tätigte die WBG im zurückliegenden Geschäftsjahr 656 Transaktionen (Darlehen, Zuschüsse, Garantien) zur Förderung von Entwicklungsmöglichkeiten im Sinne ihrer übergeordneten Ziele. Schwerpunkte waren hierbei Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt, Förderung des Privatsektors, Bildung und Stadtentwicklung sowie Stärkung von Regierungsführung und nationalen Institutionen.

Abbildung 4 Weltbankgruppe: Überblick der Finanzierungen je Geschäftsjahr in Mio. US\$

	2015	2016
WBG		
Neuzusagen	59.776	64.185
Auszahlungen	44.582	49.039
IBRD		
Neuzusagen	23.528	29.729
Auszahlungen	19.012	22.532
IDA		
Neuzusagen	18.966	16.171
Auszahlungen	12.905	13.191
IFC		
Neuzusagen*	10.539	11.117
Auszahlungen	9.264	9.953
MIGA		
Garantien	2.828	4.258
WBG Treuhandfonds		
Neuzusagen	3.914	2.910
Auszahlungen	3.401	3.363

*Langfristige Investitionszusagen. Kurzfristige Finanzierungen und Kernaquisemittel sind nicht erfasst.

Abbildung 5 IBRD Neuzusagen je Geschäftsjahr nach Regionen in Mio. US\$

Region	2015	2016
Afrika	1.209	669
Ostasien/Pazifik	4.539	5.176
Europa/Zentralasien	6.679	7.039
Lateinamerika/Karibik	5.709	8.035
Mittlerer Osten/Nordafrika	3.294	5.170
Südasiens	2.098	3.640
Summe	23.528	29.729

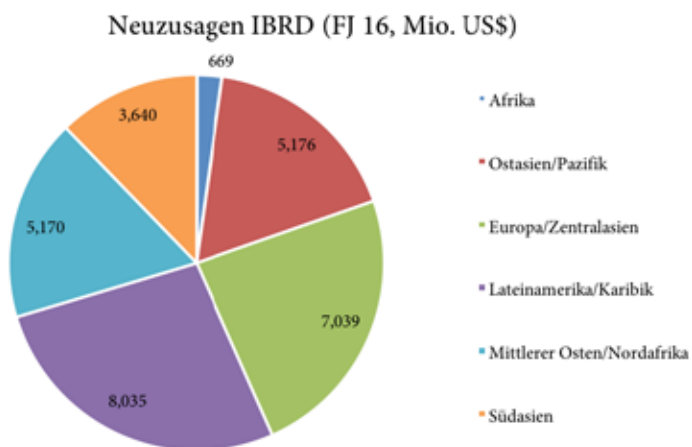


Abbildung 6 IDA Neuzusagen je Geschäftsjahr nach Regionen
in Mio. US\$

Region	2015	2016
Afrika	10.360	8.676
Ostasien/Pazifik	1.803	2.324
Europa/Zentralasien	527	233
Lateinamerika/Karibik	315	183
Mittlerer Osten/Nordafrika	198	31
Südasien	5.762	4.723
Summe	18.965	16.170

Neuzusagen IDA (FJ 16, Mio. US\$)

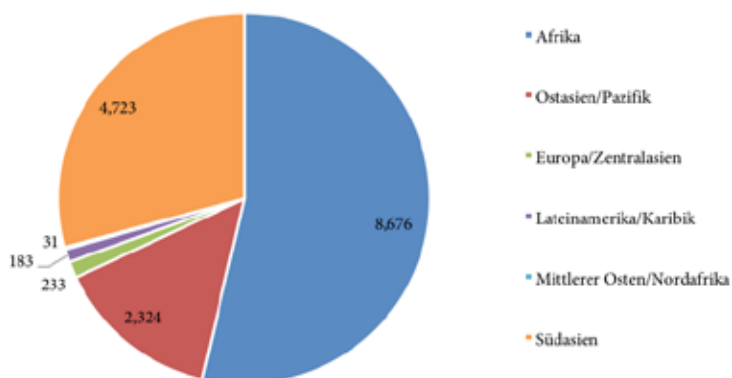


Abbildung 7 Neuzusagen und Auszahlungen der IBRD in 2015 und 2016 (in US\$) (jeweils vom 01. Juli – 30. Juni) nach Sektoren*

	Geschäftsjahr 2015				Geschäftsjahr 2016			
	Neuzusagen		Auszahlungen		Neuzusagen		Auszahlungen	
	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	1.209	5,1	818	4,3	669	2,2	872	3,9
Ostasien/Pazifik	4.539	19,3	3.596	18,9	5.176	17,4	5.205	23,1
Europa/Zentralasien	6.679	28,4	5.830	30,6	7.039	23,7	5.167	22,9
Lateinamerika/Karibik	5.709	24,3	5.737	30,2	8.035	27,0	5.249	23,3
Mittlerer Osten/ Nordafrika	3.294	14,0	1.779	9,4	5.170	17,4	4.427	19,6
Südasien	2.098	8,9	1.266	6,7	3.640	12,2	1.623	7,2
Summe	23.528	100	19.026	100	29.729	100	22.543	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	1.084	4,6	1.039	5,5	80	0,3	428	1,9
Kapitalmarktentwicklung	500	2,1	0	0,0				
Wettbewerbspolitik	110	0,5	229	1,2	307	1,0	514	2,3
Wirtschaftspolitik	4.060	17,3	5.520	29,0	7.752	26,1	8.279	36,7
Bildung	1.184	5,0	509	2,7	868	2,9	424	1,9
Energie und Bergbau	3.038	12,9	2.115	11,1	4.080	13,7	2.693	11,9
Umwelt	179	0,8	236	1,2	1.902	6,4	1.701	7,5
Finanzmanagement	2.500	10,6	1.764	9,3	1.427	4,8	1.197	5,3
Finanz- und Privatsektorentwicklung	0	0,0	562	3,0				
Kommunikation/ Technologie	30	0,1	26	0,1				
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	705	3,0	260	1,4	834	2,8	319	1,4
Investitionsklima	230	1,0	5	0,0				
Innovation, Technologie & Unternehmertum	88	0,4	8	0,0				
Armutsbekämpfung	0	0,0	1	0,0	100	0,3	4	0,0
Governance, öffentlicher Sektor	635	2,7	714	3,8	1.811	6,1	588	2,6
Soziale Entwicklung	2.255	10,0	1.294	7,0	1.944	6,5	1.375	6,1
Soziale Sicherung	1.776	7,5	402	2,1	1.125	3,8	976	4,3
Transport	3.220	13,7	3.596	18,9	3.846	12,9	2.646	11,7
Wasser	1.937	8,2	748	3,9	3.652	12,3	1.399	6,2
Summe	23.528	100	19.026	100	29.729	100	22.543	100

*Rundungsabweichungen können aus dem nicht abgebildeten Nachkommabereich resultieren.

Abbildung 8 Neuzusagen und Auszahlungen der IDA in 2015 und 2016 (in US\$) (jeweils vom 01. Juli – 30. Juni) nach Sektoren

	Geschäftsjahr 2015				Geschäftsjahr 2016			
	Neuzusagen		Auszahlungen		Neuzusagen		Auszahlungen	
	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%
a. Regionale Aufteilung								
Afrika	10.360	54,6	6.595	51,1	8.676	53,7	6.812	51,6
Ostasien/Pazifik	1.803	9,5	1.499	11,6	2.324	14,4	1.204	9,1
Europa/Zentralasien	527	2,8	314	2,4	233	1,4	364	2,8
Lateinamerika/Karibik	315	1,7	383	3,0	183	1,1	303	2,3
Mittlerer Osten/ Nordafrika	198	1,0	194	1,5	31	0,2	44	0,3
Südasien	5.762	30,4	3.919	30,4	4.723	29,2	4.462	33,8
Summe	18.966	100	12.905	100	16.710	100	13.190	100
b. Sektorale Aufteilung								
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	2.988	15,8	1.582	12,3	1.231	7,6	1.149	8,7
Kapitalmarktentwicklung	0	0,0	103	0,8				
Wettbewerbspolitik	50	0,3	37	0,3	362	2,2	325	2,5
Wirtschaftspolitik	1.708	9,0	1.553	12,0	1.090	6,7	1.612	12,2
Bildung	1.945	10,3	1.666	12,9	1.126	7,0	1.323	10,0
Energie und Bergbau	1.282	6,8	1.342	10,4	2.642	16,3	1.568	11,9
Environment	377	2,0	366	2,8	495	3,1	242	1,8
Finanzmanagement	937	4,9	143	1,1	375	2,3	279	2,1
Finanz- und Privatsektorentwicklung	360	1,9	263	2,0				
Kommunikation und Technologie	235	1,2	133	1,0				
Gesundheit, Ernährung, Bevölkerung	2.289	12,1	992	7,7	1.150	7,1	920	7,0
Investitionsklima	15	0,1	13	0,1				
Innovation, Technologie & Unternehmertum	0	0,0	4	0,0				
Dienstleistungen	0	0,0	12	0,1				
Armutsbekämpfung	84	0,4	1	0,0	136	0,8	34	0,3
Auftragsvergabe	0	0,0	5	0,0				
Governance, öffentlicher Sektor	244	1,3	350	2,7	311	1,9	242	1,8
Soziale Entwicklung	1.278	6,7	1.316	10,2	1.669	10,3	1.470	11,1
Soziale Sicherung	1.551	8,2	737	5,7	2.447	15,1	1.279	9,7
Transport	2.071	10,9	1.531	11,9	1.832	11,3	1.606	12,2
Wasser	1.553	8,2	757	5,9	1.306	8,1	1.141	8,7
Summe	18.966	100	12.905	100	16.170	100	13.190	100

*Rundungsabweichungen können aus dem nicht abgebildeten Nachkommabereich resultieren.

**Internationale Bank für
Wiederaufbau und Entwicklung /
International Bank for Reconstruction
and Development (IBRD)
Internationale Entwicklungsorganisation /
International Development Association (IDA)**



Die Kreditneuzusagen (*Commitments*) der **Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)** beliefen sich im Geschäftsjahr 2016 auf **ca. 29,7 Milliarden US\$**, was eine abermalige Steigerung zum Vorjahr darstellt (2015: 23,5 Milliarden US\$). Die 1944 gegründete IBRD ist die älteste Institution der WBG und umfasst nunmehr 189 Länder. Deutschland verfügt aktuell über einen Kapitalanteil von 4,4 Prozent und ist damit viertgrößter Anteilseigner der IBRD. Die Neuzusagen der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) an konzessionären Krediten und Zuschüssen lagen im Geschäftsjahr 2016 bei fast 16,2 Milliarden US\$, womit die IDA ihr Zusagevolumen weiter ausgebaut hat. Die IDA vereint 173 Mitgliedstaaten, wobei Deutschland mit einem aktuellen Stimmrechtsanteil von 5,45 Prozent ebenfalls den viertgrößten Anteil hält.

Der sich aus Zinsen und Gebühren sowie hauptsächlich aus der Verzinsung des Eigenkapitals ergebende Jahresüberschuss lag für IBRD/IDA bei 593 Millionen US\$. Er fiel damit um fast 93 Millionen US\$ geringer aus als im Vorjahr (2015: 686 Millionen US\$), was zu einem großen Teil auf das anhaltende globale Niedrigzinsumfeld zurückzuführen ist.

Für das Geschäftsjahr 2016 werden die (Brutto-) Gesamtausgaben für die WBG mit 5,24 Milliarden US\$ ausgewiesen, worin Treuhandfonds sowie Einzelkrediten nicht zuweisbare Beratungsleistungen eingeschlossen sind. Die eigentlichen Verwaltungsausgaben der Weltbank gehen trotz des erheblich ausgeweiteten Geschäftsvolumens weiter zurück. So belief sich das Netto-Verwaltungsbudget von IBRD/IDA im Geschäftsjahr 2016 auf 2,47 Milliarden US\$ und sank damit im Vergleich zum Vorjahr weiter leicht ab (2015: 2,52 Milliarden US\$). Diese Tendenz wird sich bis zum Geschäftsjahr 2018 fortsetzen und ist eine direkte Konsequenz der im Jahr 2014 eingeführten Ausgabenüberprüfung (***Expenditure Review***). Diese hat zum Ziel, ab dem Geschäftsjahr 2018 Einsparungen über die gesamte WBG in Höhe von mindestens 400 Millionen US\$ p. a. zu erreichen. Diese Konsolidierung der Verwaltungsausgaben und die damit verbundenen Einsparungen liegen gegenwärtig voll im Plan. Für IBRD/IDA bedeutet dies zusätzlich, dass die **finanzielle Nachhaltigkeit durch höhere Einnahmen und geringere Kosten**

gestärkt wird. Ab dem Geschäftsjahr 2018 erwartet die Weltbank dann ein nachhaltiges Verwaltungsbudget, das sich ausschließlich aus Zinsen und Gebühren des steigenden Ausleihvolumens finanziert. Dies wird dazu beitragen, die finanzielle Zukunftsfähigkeit der Weltbank langfristig erheblich zu verbessern.

3.9 Internationale Finanz-Corporation / *International Finance Corporation (IFC)*



Die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung im Juli 2015 in Addis Abeba hat noch einmal bestätigt, dass der immense Investitionsbedarf in Entwicklungsländern nicht nur durch öffentliche Investitionen geleistet werden kann. Der **Privatsektor** ist für nachhaltige Entwicklungserfolge essenziell, wie es durch die „Billions to Trillions“-Agenda auf den Punkt gebracht wird. Die IFC ist zusammen mit der MIGA in der WBG für die Förderung des Privatsektors zuständig und die weltweit größte auf die Privatsektorförderung ausgerichtete Entwicklungsbank. Sie hat 184 Mitgliedsstaaten und bietet Investitions-, Beratungs- und Anlagemanagement-Dienstleistungen zur Stärkung der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern an. Deutschland ist mit einem gehaltenen Kapitalanteil von 5,04 Prozent derzeit drittgrößter Anteilseigner der IFC.

Im 60. Jahr ihres Bestehens hat die IFC wichtige **strategische Entscheidungen** getroffen. So will sich die IFC in Zukunft vor allem auf die Finanzierung von Klima- und Infrastrukturprojekten sowie auf die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und die Bereiche Gesundheit, Bildung und finanzielle Inklusion konzentrieren. Um ihr Finanzierungsvolumen deutlich ausweiten zu können, strebt die IFC zudem eine Kapitalerhöhung an.

Ein neues Querschnittsthema der IFC soll die Identifizierung und Förderung von **disruptiven Technologien** (wie mobile Zahlungsgeschäfte ohne zwischengeschaltete Banken) darstellen. Darüber hinaus sind der Ausbau des IFC-Engagements in **Krisen- und Konfliktländern** und die Zusammenarbeit mit der Weltbank insbesondere in diesen Ländern Schwerpunkte der künftigen Strategie.

Die IFC musste im abgelaufenen Geschäftsjahr in einem **schwierigen Marktumfeld** navigieren. Der weitere Einbruch vieler Rohstoffpreise, die Aufwertung des US-Dollar sowie Krisen und Konflikte betrafen viele Entwicklungs- und Schwellenländer negativ. Die IFC konnte dennoch Projekte mit Finanzierungen in Rekordhöhe

Abbildung 9 Langfristige Investitionszusagen (auf eigene Rechnung) und Auszahlungen der IFC in 2015 und 2016 (in US\$) - (jeweils vom 01. Juli – 30. Juni) nach Sektoren*

	Geschäftsjahr 2015				Geschäftsjahr 2016			
	Zusagen (LTF)		Auszahlungen		Zusagen (LTF)		Auszahlungen	
	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%
a. Regionen								
Ostasien/Pazifik	2.288	21,7	1.432	15,5	2.307	20,7	1.893	19,0
Europa/Zentralasien	1.534	14,6	1.862	20,1	2.131	19,2	1.739	17,5
Lateinamerika /Karibik	2.379	22,5	2.188	23,6	2.688	24,2	2.088	21,0
Mittlerer Osten/ Nordafrika	893	8,5	678	7,3	955	8,6	823	8,3
Südasiens	1.402	13,3	892	9,6	1.428	12,8	997	10,0
Subsahara-Afrika	1.831	17,4	1.426	15,4	1.398	12,6	1.164	11,7
Welt	212	2,0	786	8,5	210	1,9	1.248	12,5
Summe	10.539	100	9.264	100	11.117	100	9.953	100
b. Sektorale Aufteilung								
Land- und Forstwirtschaft	529	5,0	544	5,9	370	3,3	306	3,1
Öl, Gas und Bergbau	394	3,7	390	4,2	764	6,9	843	8,5
Versorgungswirtschaft	317	3,1	173	1,9	286	2,6	245	2,5
Bau und Immobilien	189	1,8	169	1,8	360	3,2	42	0,4
Transport und Lagerhaltung	567	5,4	462	5,0	634	5,7	434	4,4
Nahrungsmittel und Getränke	308	2,9	156	1,7	310	2,8	334	3,4
Chemikalien	275	2,6	452	4,9	419	3,8	237	2,4
Nichtmetall- Mineralprodukte	114	1,1	73	0,8	262	2,4	206	2,1
Eisen- und Stahlprodukte	14	0,1	39	0,4	17	0,2	16	0,2
Textilien, Bekleidung und Leder	12	0,1	5	0,1	51	0,4	80	0,8
Industrie und Konsumgüterprodukte	60	0,6	144	1,6	137	1,2	137	1,4
Informationstechnologie	97	0,9	294	3,2	347	3,1	358	
Finanzsektor und Versicherung	4.948	47,0	3.630	39,2	4.820	43,4	3.848	38,7
Investitionsförderung	644	6,1	566	6,1	758	6,8	504	5,1
Groß- und Einzelhandel	94	0,9	396	4,3	200	1,8	691	6,9
Technische Dienstleistungen	142	1,3	127	1,4	32	0,3	34	0,3
Gesundheitswesen	288	2,7	87	0,9	116	1,0	170	1,7
Bildungswesen	88	0,8	71	0,8	191	1,7	112	1,1
Tourismus	44	0,4	131	1,4	34	0,3	29	0,3
Elektrizität	1.199	11,4	1.112	12,0	887	8,0	1.203	12,1
Öffentliche Verwaltung	65	0,6	111	1,2	65	0,6	50	0,5
Sonstiges	150	1,4	133	1,4	57	0,5	74	0,7
Summe	10.539	100	9.264	100	11.117	100	9.953	100

*Rundungsabweichungen können aus dem nicht abgebildeten Nachkommabereich resultieren.

von 18,9 Milliarden US\$ unterstützen. Zugleich verbuchte die IFC allerdings mit 33 Millionen US\$ den ersten Verlust seit dem Krisenjahr 2009. Intern war das abgelaufene Geschäftsjahr vom Wechsel an der Spitze der IFC geprägt. Mit **Philippe Le Houérou** hat ein Franzose und ehemaliger Vizepräsident der Weltbank nun den Posten des *Executive Vice President* übernommen.

3.10 **Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur / *Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA)***



Die MIGA wurde 1988 als jüngster Teil der WBG gegründet. Sie hat 181 Mitgliedsstaaten, unter denen Deutschland mit einem Kapitalanteil von 5,04 Prozent an dritter Stelle liegt.

Die MIGA verfolgte im Geschäftsjahr 2016, dem Wunsch des Exekutivdirektoriums entsprechend, eine ambitionierte Expansionspolitik in IDA- und fragilen Ländern sowie bei Klimaschutz- und Energieeffizienzvorhaben. Im Geschäftsjahr 2016 hat die MIGA neue Garantien in Höhe von ca. 4,3 Milliarden US\$ vergeben. Damit betrug das ausstehende Garantieportfolio der Agentur am Ende des Geschäftsjahrs 2016 rund 14,2 Milliarden US\$. Die hohen Zuwachsraten konnten im Wesentlichen durch eine engere Zusammenarbeit mit den anderen Institutionen der WBG, insbesondere mit der IFC, erreicht werden.

Neben den klassischen Produkten zur Versicherung von politischen Risiken, zum Beispiel bei Direktinvestitionen, wird die neue Produktgruppe „Versicherung gegen (Teil-) Zahlungsausfälle von Regierungen und öffentlichen Unternehmen“ (sogenanntes „*Non Honoring*“) aus klar definierten finanziellen Verpflichtungen (zum Beispiel Darlehensverträgen) verstärkt nachgefragt. Dieser Versicherungstyp ist in der Lage, das fehlende Bindeglied zum Privatsektorgeschäft der IFC für den Fall zu bilden, dass private Bankenfinanzierungen in größeren Projekten erforderlich sind, aber ohne eine Deckung nicht zustande kommen.

Im Energiebereich spielt daneben auch die klassische Deckung gegen politische Risiken weiterhin eine große Rolle. So ist beispielsweise die folgende typische Konstellation denkbar: Die MIGA (rück)garantiert im Rahmen ihrer Deckung gegen Bruch staatlicher Zusagen („*Breach of Contract*“) einem privaten Energieerzeuger die vertraglichen Abnahmepreise für Strom, die dieser mit dem öffentlichen Netzbetreiber vereinbart hat. Dies fördert die Tragfähigkeit von Privatsektorprojekten.

In allen Fällen gilt, dass die MIGA als Teil der WBG enge Beziehungen zu den Regierungen unterhält und somit typischerweise in der Lage ist, auch politische Hürden — insbesondere bei drohenden Versicherungsfällen — zu überwinden und den langfristigen Erfolg des jeweiligen Projekts sicherzustellen.

Der Ausbau des neuen Versicherungsprodukts und die konsequente Einbindung des internationalen Rückversicherungsmarkts haben im abgelaufenen Geschäftsjahr für die MIGA zu einem Rekordergebnis geführt.

Abbildung 10 Auszahlungen von MIGA Garantien im Geschäftsjahr 2015 und 2016 (in US\$) (jeweils vom 01. Juli – 30. Juni) nach Regionen und Sektoren.*

	Geschäftsjahr 2015		Geschäftsjahr 2016	
	Mio. US\$	%	Mio. US\$	%
a. Regionale Aufteilung				
Afrika	201	7	1.757	41
Ostasien/Pazifik	200	7	1.249	29
Europa/Zentralasien	1.462	52	727	17
Lateinamerika/Karibik	832	29	439	10
Mittlerer Osten/Nordafrika	49	2	15	0
Südasien	82	3	68	2
Summe	2.827	100	4.257	100
b. Sektorale Aufteilung				
Infrastruktur	1.245	44	1.723	40
Finanzen	1.100	39	1.266	30
Tourismus und Dienstleistungen	214	8	52	1
Landwirtschaft und Manufaktur	244	8	15	0
Öl, Gas und Bergbau	23	1	1.200	28
Summe	2.827	100	4.257	100

*Rundungsabweichungen können aus dem nicht abgebildeten Nachkommabereich resultieren.

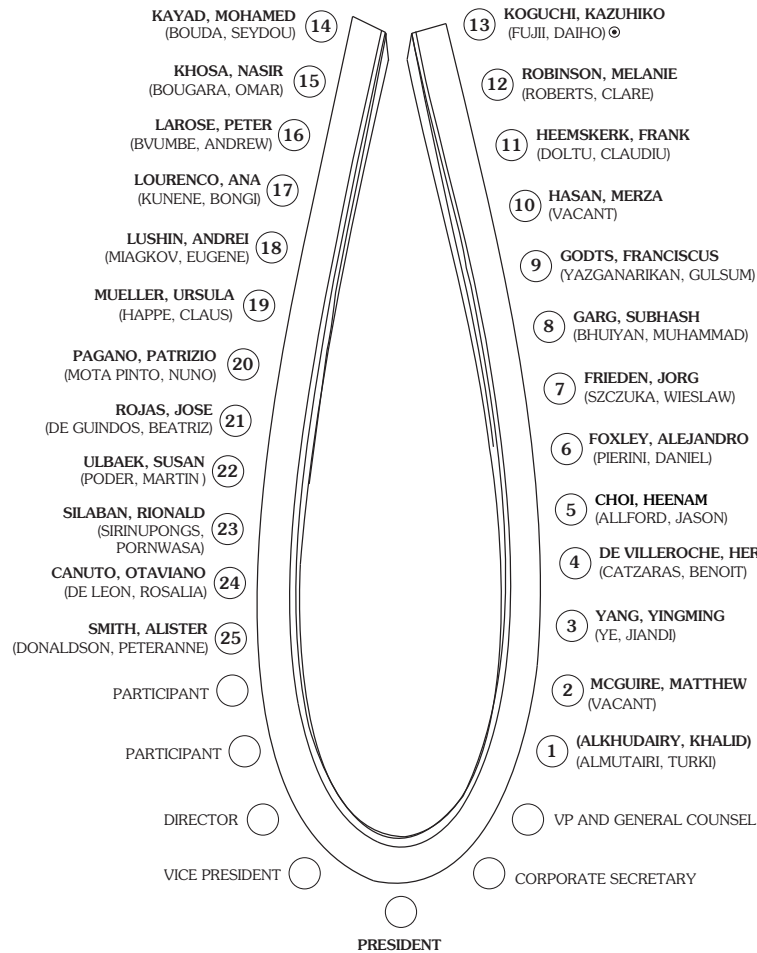


Das Weltbank-Hauptgebäude in Washington, D.C.

Sitzordnung und Zusammensetzung des Exekutivdirektoriums

- 14. Benin
 - Burkina Faso
 - Cameroon
 - Cabo Verde
 - Central African Rep.
 - Chad
 - Comoros
 - Congo, Dem. Rep. of
 - Congo, Rep. of
 - Côte d'Ivoire
 - Djibouti
 - Equatorial Guinea
 - Gabon
 - Guinea-Bissau
 - Mali
 - Mauritania
 - Mauritius
 - Niger
 - Sao Tome & Principe
 - Senegal
 - Togo
 - Guinea
 - Madagascar
- 15. Afghanistan
 - Algeria
 - Ghana
 - Iran
 - Morocco
 - Pakistan
 - Tunisia
- 16. Botswana
 - Burundi
 - Eritrea
 - Ethiopia
 - Gambia, The
 - Kenya
 - Lesotho
 - Liberia
 - Malawi
 - Mozambique
 - Namibia □
 - Rwanda
 - Seychelles □
 - Sierra Leone
 - South Sudan
 - Sudan
 - Swaziland
 - Tanzania
 - Uganda
 - Zambia
 - Zimbabwe
 - Somalia +
- 17. ● Angola
 - Nigeria
 - South Africa
- 18. Russia
 - Syria
- 19. Germany
- 20. Albania
 - Greece
 - Italy
 - Malta □
 - Portugal
 - San Marino □ ■ +
 - Timor-Leste
- 21. Costa Rica
 - El Salvador
 - Guatemala
 - Honduras
 - Mexico
 - Nicaragua
 - Spain
 - Venezuela □
- 22. ● Denmark
 - Estonia
 - Finland
 - Iceland
 - Latvia
 - Lithuania
 - Norway
 - Sweden
- 23. Brunei Darussalam □ ■ +
 - Fiji
 - Indonesia
 - Laos
 - Malaysia
 - Myanmar
 - Nepal
 - Singapore
 - Thailand
 - Tonga +
 - Vietnam
- 24. ● Brazil
 - Colombia
 - Dominican Republic
 - Ecuador
 - Haiti
 - Panama
 - Philippines
 - Suriname □
 - Trinidad & Tobago
- 25. Antigua and Barbuda □
 - Bahamas, The
 - Barbados
 - Belize
 - Canada
 - Dominica
 - Grenada
 - Guyana
 - Ireland
 - Jamaica □
 - St. Kitts and Nevis
 - St. Lucia
 - St. Vincent & the Grenadines ■

BANK/IDA/IFC/MIGA EXECUTIVE DIRECTORS AND BOARD OF DIRECTORS — SEATING CHART



- 1. Saudi Arabia
- 2. United States
- 3. China
- 4. France
- 5. ○ Australia
 - Cambodia
 - Kiribati +
 - Korea, Republic of
 - Marshall Islands +
 - Micronesia
 - Mongolia
 - New Zealand
 - Palau
 - Papua New Guinea
 - Samoa
 - Solomon Islands
 - Tuvalu ■ +
 - Vanuatu
- 6. ○ Argentina
 - Bolivia
 - Chile
 - Paraguay
 - Peru
 - Uruguay □
- 7. Azerbaijan
 - Kazakhstan
 - Kyrgyz Republic
 - Poland
 - Serbia
 - Switzerland
 - Tajikistan
 - Turkmenistan □
 - Uzbekistan
- 8. ○ Bangladesh
 - Bhutan
 - India
 - Sri Lanka
- 9. Austria
 - Belarus □
 - Belgium
 - Czech Republic
 - Hungary
 - Kosovo
 - Luxembourg
 - Nauru □ ■ +
 - Slovak Republic
 - Slovenia
 - Turkey
- 10. Bahrain
 - Egypt
 - Iraq
 - Jordan
 - Kuwait
 - Lebanon
 - Libya
 - Maldives
 - Oman
 - Qatar
 - United Arab Emirates
 - Yemen
- 11. Armenia
 - Bosnia and Herzegovina
 - Bulgaria
 - Croatia
 - Cyprus
 - Georgia
 - Israel
 - Macedonia, FYR of
 - Moldova
 - Montenegro
 - Netherlands
 - Romania
 - Ukraine
- 12. United Kingdom
- 13. Japan

IBRD - 189 members
IDA - 172 members
IFC - 184 members
MIGA - 181 members

- = Country of Executive Director
- = Country of Alternate
- ◎ = Yasuraoka for MIGA
- = Not an IDA member
- = Not an IFC member
- + = Not a MIGA member

Mitarbeiter/-innen des Büros der Deutschen Exekutivdirektorin



Ursula Müller
Exekutivdirektorin
Tel. +1 202 458 1183
umueller@worldbank.org



Claus Happe
Stellv. Exekutivdirektor
Tel. +1 202 458 1190
chappe@worldbank.org



Ralf Schröder
Senior Advisor
Tel. +1 202 458 8014
rschroeder@worldbank.org



Jochen Hoettcke
Advisor
Tel. +1 202 458 1717
jhoettcke@worldbank.org



Andreas Thermann
Advisor
Tel. +1 202 458 1742
athermann@worldbank.org



Nadja Bleiber
Advisor
Tel. +1 202 458 1226
nbleiber@worldbank.org



Florian Neutze
Advisor
Tel. +1 202 458 8320
fneutze@worldbank.org



Eva Johanna Brüggemann
Advisor
Tel. +1 202 458 1182
ebrueggemann@worldbank.org



Lilia Ward
Sekretariat
Tel. +1 202 458 1628
lward@worldbank.org



Jana Coto
Sekretariat
Tel. +1 202 458 1125
jcoto@worldbank.org



WORLD BANK GROUP

THE WORLD BANK
IBRD • IDA

IFC
International
Finance Corporation

MIGA
Multilateral Investment
Guarantee Agency

Office of the German Executive Director

Mail Stop Number (MSN) MC 11-1109

Room Number MC 11-125

World Bank Group

1818 H Street, N.W., Washington, D.C. 20433, U.S.A.

Tel. +1 (202) 458-1183 • Fax +1 (202) 522-0222

E-Mail: EDS05@worldbank.org

Internet: www.worldbankgroup.org/eds05